

Mehr Berlin – 9 Punkte für Wohnungsneubau und soziale Mietpolitik

- 1. Mehr Neubau braucht zusätzliche Bauflächen** – 10 neue Siedlungen für insgesamt 50.000 Wohnungen. Zum Beispiel: Elisabeth-Aue und Kurt-Schumacher-Quartier (TXL). **Pionier-Wohnungsbau für Flüchtlinge** wird der Nukleus für die weitere Entwicklung der Quartiere mit normalem Wohnungsbau.
- 2. Mehr Neubau braucht schneller Baurecht** – Personalknappheit ist zentraler Engpass für Baurecht. Deshalb Planungs-Task Force mit „B-Plan-Fabrik“ beim Senat.
- 3. Mehr Neubau braucht schnelle Entscheidungen** – Regelmäßige Wohnungsbau-Entscheider-Konferenzen zwischen Bezirk und SenStadtUm. Verfahren in der Verwaltung werden beschleunigt. Berlin strafft seine Strukturen und wird schneller und effizienter.
- 4. Mehr Neubau braucht den Blick auf die ganze Stadt** – Verkehrserschließung, Bau von Schulen und sozialer Infrastruktur muss integriert geplant werden. Wir wollen urbane Räume und lebenswerte Nachbarschaften schaffen. Wohnungsbau nachhaltig denken. Motto: Ein neuer Baum für jede neue Wohnung.
- 5. Mehr Neubau braucht preisgünstige Flächen** – Einleitung von Entwicklungsmaßnahmen, Sanierungs- und Erhaltungsgebieten zur Begrenzung der Bodenspekulation und für Vorkaufsrechte.
- 6. Mehr Neubau braucht bezahlbaren Wohnraum** – Nach der Steigerung der geförderten Wohnungen im Sozialen Wohnungsbau von 1.000 Wohnungen in 2014 und 2015, 2.500 in 2016 und 3.000 Wohnungen in 2017 ist eine weitere Verstärkung nötig, damit Berliner Mischung erhalten bleibt.
- 7. Wohnraumversorgungsgesetz konsequent umsetzen** – Mietzuschuss läuft, Wohnraumförderfonds ist eingerichtet, Wohnungsbaugesellschaften sind noch sozialer ausgerichtet, Mietermitbestimmung wird ausgebaut, Anstalt öffentlichen Rechts startet.
- 8. Mietbegrenzung im alten Sozialen Wohnungsbau sichern** – Expertenkommission einsetzen für Reform des Kostenmietrechts, um die Sozialmieten nachhaltig zu begrenzen und die Belegungsbindungen dauerhaft zu sichern.
- 9. Mietrecht verbessern und bestehende Regelungen konsequent anwenden** – Modernisierungsumlage begrenzen, Mietspiegel verbessern, Berlin kann dies durch Bundesratsinitiativen unterstützen. **Zweckentfremdungsverbot durchsetzen.** Innenstadtbezirke durch zusätzliches Personal bei Rückgewinnung von Ferienwohnungen unterstützen, Internet-Plattform für Bürgerhinweise einrichten, Meldung der Ferienwohnungen an Finanzämter.